

Greenpeace-Studie: Vermögensteuer kann Kommunen beim Hitzeschutz stärken

Hitzeschutz stärken Wie eine Besteuerung großer Vermögen die Finanznot klammer Städte und Gemeinden lindern könnte



Hamburg, 26. Juni 2026 – Die aktuelle Hitzewelle unterstreicht die Folgen leerer kommunaler Kassen: Vielen Städten und Gemeinden fehlt das Geld für schattige Schulhöfe, Schwimmbäder, entsiegelte Flächen und Hitzeschutz für ältere Menschen. Die Einnahmen einer Vermögensteuer könnten die kommunalen Finanzen nachhaltig stärken, zeigt eine [neue Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft \(FÖS\) im Auftrag von Greenpeace](#). Im Jahr 2025 lag das kommunale Finanzierungsdefizit bei rund 32 Milliarden Euro, der Investitionsrückstand bei rund 231 Milliarden Euro; beides sind Rekordwerte. Die Bund-Länder-Einigung von Donnerstagabend sieht im kommenden Jahr eine Entlastung von drei Milliarden Euro vor. „Diese Finanzreform ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie kann nur einen kleinen Teil der kommunalen Finanznot abdecken. Wer Kommunen wirklich

handlungsfähig machen will, muss für zusätzliche stabile Einnahmen sorgen“, sagt Mauricio Vargas, Finanz- und Wirtschaftsexperte bei Greenpeace. „Eine moderate Vermögensteuer auf sehr große Vermögen würde dringend benötigte Gelder in die Kassen spülen.“

Von der Ländersteuer in die Kommunen

Die neue Greenpeace-Studie zeigt: Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität schließt nur einen kleinen Teil der Finanzlücke. Nach Berechnungen des FÖS kommen bei den Kommunen voraussichtlich rund 5,5 Milliarden Euro pro Jahr an. Das deckt nur gut ein Sechstel des kommunalen Finanzierungsdefizits von 2025. Allein für die Klimaanpassung wären jährlich mindestens 8,6 bis 10,6 Milliarden Euro nötig. Gleichzeitig stehen Städte, Gemeinden und Landkreise vor zentralen Investitionen in die Zukunft: Schulen sanieren, Nahverkehr ausbauen, Brücken sichern, kommunalen Klimaschutz voranbringen und ihre Infrastruktur an häufigere Hitze, Starkregen und andere Folgen der Klimakrise anpassen. „In vielen Städten wird Hitze zur sozialen Frage. Darunter leiden vor allem Ältere, Kinder und besonders gefährdete Menschen“, sagt Vargas.

Greenpeace schlägt eine ökologisch ausgestaltete Vermögensteuer von zwei Prozent auf Vermögen oberhalb von 100 Millionen Euro vor. Sie könnte nach Greenpeace-Berechnungen rund 25 Milliarden Euro jährlich einbringen und weniger als 5.000 Haushalte betreffen. Die Vermögensteuer fließt zunächst den Ländern zu. Die neue FÖS-Studie zeigt, wie die Einnahmen über den Finanzkraftausgleich zwischen den Ländern – früher Länderfinanzausgleich – und Reformen beim kommunalen Finanzausgleich dennoch bei Städten und Gemeinden ankommen können. Dazu müssten die Länder ihre jeweiligen Finanzausgleichsgesetze ändern und Einnahmen aus der Vermögensteuer sowie Mittel aus dem Länderfinanzausgleich in die kommunale Verbundmasse einbeziehen. In diesem Fall hätte eine 50.000-Einwohner-Stadt etwa 15 Millionen Euro mehr zur Verfügung.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Dr. Mauricio Vargas, Tel. 0151-11765567, oder Pressesprecherin Michelle Bayona, Tel. 0171-8780830. Die Studie finden Sie [hier](#). Pressestelle: Tel. 040-30618-340, presse@greenpeace.de; www.greenpeace.de

Über Greenpeace e.V.

Greenpeace arbeitet international, setzt sich mit direkten, gewaltfreien Aktionen für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Natur und Gerechtigkeit für alle Lebewesen ein.

Das verwendete Bildmaterial steht 14 Tage nach Veröffentlichung zum Download für Medien zur Verfügung. Lieferbedingungen: keine Weitergabe an Dritte, kein Weiterverkauf, keine Archivierung, nur für redaktionelle Zwecke, Quellenangabe obligatorisch.

Kontaktdaten

Mauricio Vargas

Experte für Wirtschaft und Finanzen,
insbesondere Investments, Schwerpunkt
Klimaschutz

mauricio.vargas@greenpeace.org

[0151-11765567](tel:0151-11765567)

Michelle Bayona

Pressesprecherin Finanz- und
Wirtschaftswende

michelle.bayona@greenpeace.org

[0171-8780830](tel:0171-8780830)

Link kopieren

<https://presseportal.greenpeace.de/267549-greenpeace-studie-vermogensteuer-kann-kommunen-beim-hitzeschutz-starken/>